

Berliner Tageblatt

Nr. 418

und Handels-Zeitung

Samstag, 4. September 1926

Gescheftsbureau: Hedder Wollf in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wollf in Berlin.

Dr. Silberbergs Dresdener Rede: für Anerkennung der Republik und Große Koalition.

Ein politisches Ereignis.

von Paul Steinborn.

Die alljährliche Mitglieder-Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist regelmäßig ein Vorgang von größter Bedeutung gewesen. Aber vor die Entwicklung innerhalb dieser Spitzenorganisation des deutschen industriellen Großunternehmens in neuerer Zeit genauer verfolgt hat, der konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß von ihrer diesjährigen Tagung ganz besondere Dinge zu erwarten waren. Diese Annahme stützte sich auf bestimmte Einzelheiten und Tatsachen, und sie hat sich in jeder Beziehung bestätigt. Wir haben bereits gestern abend und noch einmal heute früh darauf hingewiesen, daß die Rede, mit der Dr. Paul Silberberg, einer der leitenden Männer der Großindustrie und führendes Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, programmatisch den heutigen zweiten Sitzungstag zu eröffnen hätte, bedeutungsvolle Aufschlüsse über einen entscheidenden innerpolitischen und faktischen Frontwechsel der Schwerindustrie bringen werde. Das ist geschehen, und zwar in einer Form und mit einer Deutlichkeit der Sprache, die diese Rede zu einem Ereignis ersten Ranges machte. Sie war zweifellos der Höhepunkt der ganzen diesjährigen Tagung und war daraufhin von vornherein angelegt.

„Es ist nicht zu verkennen“, sagte Dr. Silberberg, „daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat. Eine Wandlung, die wie sich letztlich zeigt, nach zwei Richtungen hin zum Ausdruck kommen soll. Ob die Auffassung Dr. Silberbergs, daß das ganze Unternehmertum diese Wandlung mitgemacht hat, nicht zu optimistisch ist, bleibt dahingestellt. Das deutsche Unternehmertum hat sich bisher gegenüber dem neuen Staat ablehnend verhalten. Man braucht nur an das Schlußwort Sozialisierung zu erinnern, um den Grund dafür zu erkennen. Aber inzwischen sind wir auf allen Gebieten auf anderen Wegen erfolgreich vorangekommen, und aus dem gemeinsamen Gritzenkampf der Wirtschaft und des Staates die ihre Schicksalsbestimmtheit in den Tagen der Reparationsdebatte erkannten, ermußt ein Vertrauen, dem Dr. Silberberg heute einen überraschend eindringlichen Ausdruck verlieh. Die frühere Negation ist einer positiven Beziehung gewichen, denn sagte Dr. Silberberg, das deutsche Unternehmertum stehe heute restlos auf staatsbeherrschendem Standpunkt. Er sprach weiter ausdrücklich von der Anerkennung der deutschen Republik und ihrer Verfassung durch die Industrie. Und der Redner fügte diesem Bekenntnis zur heutigen republikanischen Staatsform in Deutschland eine fast noch wichtigere Ergänzung hinzu, gelangt offen ein, daß das Unternehmertum sich viel zu spät entschlossen hat, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterklasse anzuerkennen. Er sagte damit aus, daß das von jetzt ab der Fall sein solle. Und er fuhr fort: „Es kann nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden!“ Darum ergeht an sie seitens der Industrie die Aufforderung, künftig in der Politik wieder praktisch mitzuarbeiten. Das heißt also, Dr. Silberberg forderte die Schaffung der Großen Koalition, den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung.

In jedem Falle wird diese überraschend weitgehende Aufforderung sorgfältig zu prüfen und zu würdigen sein. Die Schwerindustrie hätte zweifellos Gründe genug, gegenwärtig den Frieden mit der Arbeiterkraft und der Republik zu suchen. Deutschland ist kein geschlossenes Handelsland. Es ist auf Absatzmöglichkeiten im Ausland angewiesen. Voraussetzung dafür ist eine Außenpolitik, die diese Möglichkeiten befähigt vermerkt und nicht etwa wegen irgendwelcher parteipolitischen Bindungen fört und beeinträchtigt. Eine solche Außenpolitik liegt aber wiederum eine entsprechende Regierungs-Koalition voraus, der natürlich solche Parteien nicht angehören können, bei denen die erwünschten parteipolitischen Bindungen vorliegen. Das gilt für die Deutschnationalen. Die Wiedererrichtung des Reichsland zwischen dem Völkern am Westmark, — man muß den Gedankenfortgang verfolgen und beenden, — hängt von einer heiligen Entschlossenheit im Innern ab, und dazu bedarf es einer möglichst breiten Regierungsbasis. Dabei sind wir bei der Sozialdemokratie angelangt. Wie diese aber die politische Vertretung der Arbeiterkraft ist, so ist die Deutsche Volkspartei die Partei der deutschen Industrie. Und vielleicht war die Erkenntnis, die so überaus und erfreulich aus der Rede Silberbergs sprach, schon in den letzten Wochen wirksam, als die Deutsche Volkspartei die deutschnationale Aufforderung zum Zusammenstoß recht unumwunden ablehnte.

Aber man muß immer wiederholen, daß sich erst noch zeigen muß, ob und inwieweit die im Gegensatz zu den bisher von

der Industrie vertretenen Ansichten fast revolutionär wirkende Rede Silberbergs die Meinung der Mehrheit im Reichsverbande darstellt. Die Aufnahme, die Silberbergs Rede nach den vorliegenden Nachrichten heute auf der Tagung des Reichsverbandes gefunden hat, sprach einflussreich nicht für die „restlose“ Wandlung. Die enge und zwingende Wechselwirkung zwischen Außen- und Innenpolitik, zwischen Exportmöglichkeiten und einer heiligen

Koalitionspolitik ist allerdings eine Tatsache, die man gerade heute auch in den Kreisen der Schwerindustrie in Rechnung stellen sollte. Das geht auch aus dem programmatisch bedeutsamen Referat des Geheimrats Rattl hervor, mit dem zusammen die Rede Silberbergs in den nächsten Wochen und Monaten viel erörtert werden dürfte. Als Ereignis wie als Rundgebung verdient jedenfalls die diesjährige Tagung des Reichsverbandes noch eine eingehendere Würdigung.

Rundgebung im Reichsverband der Industrie.

Die Sozialdemokratie zur Mitregierung aufgefordert.

Die Rede Dr. Paul Silberbergs.

Thema: „Das deutsche industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit“.

Die Rede Dr. Paul Silberbergs, Köln, Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, lautete in denjenigen Teilen, die sich auf das Verhältnis der Industrie zum Staat und auf die politische Einstellung des Unternehmertums zur Sozialdemokratie beziehen, folgendermaßen:

Das deutsche industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit in seinen Taten und Unterleiden, seinen Willen und Streben, seinen Ängsten und Wägungen vollständig zu schildern, würde die Grenzen einer Beschränkung auf dieser Stelle weit überschreiten. Ich kann mich nur darauf beschränken, einiges meiner Ansicht nach besonders Wichtiges hervorzuheben, das, was der Epoche der Nachkriegszeit für das Unternehmertum und vom Standpunkt eines Unternehmervertreters aus gesehen das Gesagte gibt.

Die politische Revolution, mit der nach dem Kriegsausbruch die Nachkriegszeit anfang, wurde sehr bald zu einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Das deutsche Unternehmertum, bis zum Kriege und, von einzelnen abgesehen, auch im Kriege politisch indifferent, jedenfalls nicht aktiv, sah sich plötzlich als Objekt des politischen Kampfes. Es sah als seine unmittelbaren Gegner die revolutionäre Arbeiterkraft und den von ihr beherrschten Staat. Es hatte einen Kampf um seine Existenz nach vielen Seiten zu führen: Gegen die wirtschaftlich-finanzielle Entwertung, von der es gleichermäßen mit dem ganzen Volke getroffen wurde, dazu gegen die den Staat repräsentierenden revolutionären Regierungen. Gegen sie in ihren auf Sozialisierung und Gemeinwirtschaft hinzielenden Tendenzen mußte es um seinen Besitz und die Grundzüge seiner Existenz den Kampf führen. Es folgte daraus, daß das deutsche Unternehmertum gegen den neuen Staat, wie er sich in der ersten Zeit nach der Revolution darstellte und gebärdete, geschlossen eine ablehnende Stellung einnahm. Während auf der einen Seite die Exponenten des Staates jede gute Tradition negierten und jede Erneuerung an eine rühmliche Ache und ferne Vergangenheit in den Staub jagen, überließen sich andere, die Grundfragen des deutschen Unternehmertums aus bewilliger Zustimmung oder idealistischen Übermaßes zu vernichten. Dieser Kampf mußte ausgefochten oder wenigstens so weit geführt werden, daß der Volk und Wirtschaft eine erträglich handhabbare Basis restituiert und erweitert wurde. Dieses Ziel ist heute in gewissen Maß erreicht, und es ist von ganz besonderem Interesse, festzustellen, daß die politische Welt des gesamten Volkes — ich meine Republikanische und Kampfkampf — und damit die Außenpolitik es waren, die Unternehmertum und nachrevolutionäre Regierungen zu ihrer Zusammenarbeit für den Staat brachten. Und trotz aller besonderen neuen Schwierigkeiten und Angriffen am Tun und Unterlassen hatte diese Zusammenarbeit das gute Ergebnis, daß die Einstellung des Unternehmertums auf den heutigen Staat auf eine klare Linie gebracht werden ist.

Das deutsche Unternehmertum steht restlos auf staatsbeherrschendem Standpunkt.

Es mag der eine oder der andere noch mehr oder weniger beeinflusst von Resentiments mehr persönlicher Art sein:

Alle ersthaften und pflichtbewahnten Menschen haben sich auf den Boden des heutigen Staates und der Reichsverfassung gestellt.

Der Reichsverfassung, das sei aber auch aller Öffentlichkeit gesagt, mit allen den Bestimmungen, die ihre Änderung in manchen Gemütern oder ungenügend unfluten Punkten vorliegen. Ebenso wie das deutsche Unternehmertum alle die regierten Elemente rechts und links ablehnt, deren offenes oder heimliches Ziel die Verfassungswidrigkeit, gewalttätige Veränderung der Reichsbestellung darstellt, so lehnt das deutsche Unternehmertum auch diejenigen Vertreter der Republik ab, die in der Verfassung heute noch vornehmlich ein Instrument wirtschaftsrevolutionärer Ziele sehen. Denn darüber müssen sich diese Freunde der Republik klar sein: Bei allen ersthaften Menschen im Inlande und im Auslande wiegt die Anerkennung des deutschen Republik und ihrer Verfassung durch das deutsche Unternehmertum fundamental schwerer, als der ganze parteipolitische Kampf, der nur Mitteltrauen ist, Ursache schafft und Kräfte erschwert. Gerade diese Einstellung des deutschen Unternehmertums ist die Grundlage für das Vertrauen des Auslandes auf die Stabilität der deutschen Verhältnisse. Man so beständiger sind gerade auch in ihrem Einverständnis

nach außen die politischen Seitenprünge, die sich gegen besonders geschützte und charaktervolle Führer des deutschen industriellen Unternehmertums die preussische Regierung gestellt hat, die noch in Revolutionstrümpfen zum Schutze der öffentlichen Ordnung ist. Aber so sehr wir auch hier vollständig in die Verantwortung auf die wirtschaftspolitischen Vorgänge, die man mit dem Wort unserer Einstellung zum Staat und auf den Staat nicht abdrängen und uns die nach schweren inneren Kämpfen gewonnenen, aber darum um so fettere Einstellung auf den Staat nicht rauben.

Diese Entwicklung des deutschen Unternehmertums in bezug auf seine politische Einstellung zum heutigen Staat habe ich an die Spitze meiner Betrachtungen gestellt. Sie ist nach in ihrer wirtschaftlichen und finanzpolitischen Begründung die mit dem Wort Inflation zusammenhängen will. Diese Diktion ist unvollständig und irreführend. Nichtig ist meines Erachtens zu sagen: Die Zerstörung und das Verschwinden des mobilen Kapitals aus den Unternehmungen, mit allen seinen Folgen für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt der Produktion, der Güterverteilung und den Konsum; und hier zu erklären ist weiterhin, was das industrielle Unternehmertum zur Wehr und dann zum Wiederaufbau getan hat und welche Entschlüsse hieraus als die heutige und zeitige Lage des industriellen Unternehmertums festzustellen sind.

Auf wirtschafts- und finanzpolitischen Gebiet ist die Geschichte des deutschen Unternehmertums gekennzeichnet durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgänge, die man mit dem Wort Inflation zusammenhängen will. Diese Diktion ist unvollständig und irreführend. Nichtig ist meines Erachtens zu sagen: Die Zerstörung und das Verschwinden des mobilen Kapitals aus den Unternehmungen, mit allen seinen Folgen für den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt der Produktion, der Güterverteilung und den Konsum; und hier zu erklären ist weiterhin, was das industrielle Unternehmertum zur Wehr und dann zum Wiederaufbau getan hat und welche Entschlüsse hieraus als die heutige und zeitige Lage des industriellen Unternehmertums festzustellen sind.

Es ist nun wieder meine Absicht und meine Aufgabe, in Expositionen mich darüber zu ergehen, wodurch die Inflation entstanden ist, wie sie verstanden hat und, was würde die Frage auch nicht lösen können. Ich will aber auch nicht behaupten, daß das deutsche industrielle Unternehmertum in seiner Gesamtheit die Inflation und ihre schmerzlichen Auswirkungen rechtig erkannt und danach gehandelt hätte.

Man wirft insbesondere dem industriellen Unternehmertum vor, durch die sogenannte **Flucht in die Sicherheit** die Inflation gefördert zu haben. Es wäre unendlich zu befehlen, daß die Flucht in die Sicherheit eine Entziehung mobiler Kapitals aus dem Verkehr und eine Immobilisierung desselben darstellte. Aber wie liegen die Dinge in der Wirklichkeit?

Nach dem Kriege mußte das deutsche industrielle Unternehmertum schließlich auf Kriegsproduktion eine geschlossene Anlagen verdrängen und umgebaut werden; es mußte in der ausländischen Produktion einen bedeutenden und bemerkenswerten technischen Fortschritt feststellen, und es war zwingend, daß angesichts der sozialen Revolution, die sich in Vertiefung der Arbeiterkraft und Erhöhung der Löhne darstellte, die Selbstkosten der Produktion wieder auf einen normalen Stand kommen mußten. Die Folge waren Umbauten, Modernisierungen, Neubauten zur Vermehrung der Erzeugung.

Ich will nun für das industrielle Unternehmertum keineswegs in Anspruch nehmen, daß alles das aus tiefgründigen, weitanschauenden, wirtschaftlichen Erwägungen geschah. Aber es gibt zu etwas, was Fingerzeigergelächsel heißt, mit anderen Worten, unbedeutend Richtiges tun. Und das Richtige liegt darin: Nur allein von diesen modernen Anlagen leben wir heute, lebt das industrielle Unternehmertum, lebt die industrielle Arbeiterkraft, leben alle die Menschen — ich schäme sie auf mindestens die Hälfte des deutschen Volkes — die unmittelbar und mittelbar aus der deutschen Industrie ihren Lebensunterhalt ziehen. Wenn das deutsche industrielle Unternehmertum nicht zur rechten Zeit den Mut zur Errichtung moderner, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Anlagen verdrängen und umgebaut werden; es mußte in der ausländischen Produktion einen bedeutenden und bemerkenswerten technischen Fortschritt feststellen, und es war zwingend, daß angesichts der sozialen Revolution, die sich in Vertiefung der Arbeiterkraft und Erhöhung der Löhne darstellte, die Selbstkosten der Produktion wieder auf einen normalen Stand kommen mußten. Die Folge waren Umbauten, Modernisierungen, Neubauten zur Vermehrung der Erzeugung.